

Positionspapier des Landesschülerratsausschusses Berlin zur Finanzierung von Schüler*innenvertretung

Hiermit fordert der Landesschülerratsausschuss Berlin die Bezirksgremien im Bereich Bildung dazu auf, geschlossen mindestens 1000€ jährlichen Etat pro Ausschuss und Beirat zu beantragen. Des Weiteren rufen wir die Bezirkspolitik dazu auf, dieser Forderung entgegenzukommen.

Es kann nicht sein, dass staatliche Beratungsorgane, die von Ehrenamtlichen getragen werden, bisher keine finanzielle Unterstützung erhalten haben. Diese böte die Chance, stärkere Inhaltliche Arbeit zu leisten, indem beispielsweise Fachtagungen finanziert werden könnten.

Es ist mehr als nur eine symbolische Anerkennung der von den Mitgliedern neben der Ausbildung oder dem Beruf aufgebrauchten Zeit im Gremium, wenn Referent*innen für die Ausschüsse gebucht und bezahlt, sowie Klausurtagungen und Podiumsdiskussionen finanziert werden können.

Dies alles liegt im Interesse der Gemeinschaft, denn wir alle wissen, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist.

Dabei soll für jedes Schulgremium eine Kostenstelle eingerichtet werden, welche über die Geschäftsstelle des Bezirksschulbeirats verwaltet wird.

Zudem fordern wir eine unkomplizierte Vorgehensweise zur finanziellen Unterstützung der Schüler*innenvertretungen an jeder Berliner Schule, welche ihnen ein jährliches Budget von mindestens 300€ des Schulbudgets einräumt. Diese sollen genutzt werden, um Projekte eigenverantwortlich zu verwirklichen und Partizipation der Schüler*innen an ihrem Schulalltag zu fördern sowie die Chancengerechtigkeit zu erhöhen.

Dieses Budget ist zweckgebunden und soll von der Schülervvertretung selbst verwaltet werden. Die Schulleitung bzw. der*die Vertrauenslehrer*in sollte nur die Kontrolle der Belege und Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Richtlinien übernehmen.

